

Interessen und der deutschen politischen Strategien in dieser Situation, um die Frage also, inwieweit die Deutschen sich im wesentlichen situativ verhalten haben, oder inwieweit deutsche Politik tatsächlich gestaltet hat. Wir haben eine Reihe von offenen Fragen, eine Reihe von Problemen, mit denen sich die deutsche und die internationale Politik auseinandersetzen mußten, genannt, die Frage des Zeitrahmens, in dem die Vereinigung durchgeführt werden sollte, die Frage der Bündniszugehörigkeit, die Frage der Oder-Neiße-Grenze, aber eben doch auch die Frage des militärischen Gewichts des vereinigten Deutschland. Dies sind Fragen, die bereits angeklungen sind, die wir jetzt zu vertiefen haben.

Wir haben mit den Gesprächspartnern, die jetzt zu Wort kommen, unmittelbare Mitakteure am Podium. Da ist einmal der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Seiters; ich brauche ihn hier in diesem Kreis nicht vorzustellen. Des weiteren der hier noch bekanntere damalige Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, heute Obmann der SPD dieser Enquete-Kommission. Des weiteren Herr Poppe, der nicht nur am Runden Tisch gesessen hat, sondern auch in der Regierung Modrow zeitweilig Minister ohne Geschäftsbereich gewesen ist. Und schließlich Herr Irmer, wenn ich das richtig weiß, damals Mitglied im Auswärtigen Ausschuß und außenpolitischer Sprecher der F.D.P. Ich darf zunächst Herrn Seiters um seine Ausführungen bitten.

Rudolf Seiters, MdB: Meine Herren Vorsitzenden, meine Damen und Herren. Es ist sicherlich etwas schwierig, am Ende eines solchen Sitzungstages, wo wichtige Zeitzeugen und Wissenschaftler das Thema unter den verschiedenen Aspekten ausgeleuchtet haben, nun noch einmal zu versuchen, aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland zusammenzufassen. Das werden sicherlich keine neuen Daten und Fakten sein, aber vielleicht interessiert ja doch die Einschätzung, die jemand wie ich heute zu diesen Fragen hat.

Wenn man die Politik der Bundesrepublik Deutschland im Vereinigungsprozess unter dem Gesichtspunkt der Handlungsfreiräume – also unter einem wesentlichen außenpolitischen Gesichtspunkt – zu resümieren versucht, so ist es hilfreich, sich zunächst noch einmal die Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten der Deutschlandpolitik in den Jahren zuvor zu vergegenwärtigen.

Das entscheidende Rahmendatum jeder Deutschlandpolitik seit 1949 war die Dominanz der internationalen Beziehungen. Die Teilung Deutschlands als unmittelbare Folge und als geographisches Zentrum des Ost-West-Konfliktes bedeutete, daß die Situation an der Trennlinie der beiden Blöcke, das Verhältnis der beiden Teilstaaten zueinander und damit auch jede Veränderung dieser Gegebenheiten unmittelbar das Ost-West-Verhältnis in Europa und insbesondere die Interessen der beiden Großmächte berührte.

Das bedeutete keineswegs, daß es nicht auch eigenständige Gestaltungsmöglichkeit für die deutschen Akteure im Ost-West-Konflikt gab: Sie konnten – mehr oder weniger – dazu beitragen, daß Spannungen sich verschärften oder verringerten; sie konnten darauf einwirken, ob die Folgen der Teilung für die

ringerten; sie konnten darauf einwirken, ob die Folgen der Teilung für die Menschen einschneidender oder erträglicher waren – keine unwichtigen Handlungsspielräume, wenn man etwa an die Gestaltung des innerdeutschen Grenzregimes durch die DDR-Organen denkt.

Natürlich stellte sich die Frage nach Handlungsfreiräumen auf Seiten des westlichen Bündnisses auf wesentlich andere Weise dar als im sowjetisch dominierten Warschauer Pakt. Wir alle kennen den entscheidenden Unterschied – dies hat auch in den Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Mitteleuropa 1990 eine entscheidende Rolle gespielt: die Dominanz der Sowjetunion und ihrer Satellitenregime über die Staaten Mittel- und Osteuropas war eine erzwungene, die von den betroffenen Völkern abgelehnt und in verschiedenen Aufstandsversuchen bekämpft wurde, während die westliche Allianz unter Führung der USA und unter Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland ein freiwilliges Bündnis ist, das auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen der beteiligten Völker beruht. Wenn also von „Handlungsfreiräumen“ die Rede ist, so muß man diesen grundlegenden Unterschied in beiden Bündnisssystemen vor Augen haben. Richtig ist gleichwohl, daß jegliche Deutschlandpolitik in ihren Grundzügen Teil und Funktion der Ost-West-Beziehungen insgesamt war und von ihnen ihre Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten erhielt.

Seit der ersten Wende im Ost-West-Konflikt – der Doppelkrise um Berlin und Kuba 1958/62 – war die Ostpolitik des westlichen Bündnisses von dem Interesse geleitet, krisenhafte Zuspitzungen zu vermeiden und durch Konsultationsmechanismen und Rüstungskontrolle einen Abbau der Ost-West-Spannungen zu erreichen, auch um den Preis der einstweiligen Hinnahme der Teilung Deutschlands und Europas.

Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik mußte sich diesen Gegebenheiten anpassen und tat es in den bekannten Etappen vom späten Adenauer mit seinen Modus-Vivendi-Angeboten an die UdSSR bei gleichzeitigen menschlichen Erleichterungen für die DDR-Einwohner, über die Regierungen Erhard und Kiesinger bis hin zur Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition und schließlich der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher.

Dabei erhielt die Vertragspolitik mit den kommunistisch regierten östlichen Nachbarstaaten und mit der DDR ihren jeweiligen politischen Stellenwert durch die Gesamtkonzeption, in die sie eingebunden war. Man darf hier daher nicht ohne weiteres geradlinige Kontinuitäten annehmen.

Das Dilemma dieser Politik bestand bis an die Schwelle der revolutionären Ereignisse von 1989/90 darin, daß die Bundesrepublik am Ziel der Überwindung des Status quo, also der Verwirklichung der Selbstbestimmung der Deutschen, festhalten mußte und wollte – bis in die 80er Jahre hinein im Einvernehmen der demokratischen Kräfte –, daß es aber gleichzeitig bis 1989 keine realistische Chance gab, dieses Ziel tatsächlich zu erreichen. Vielmehr mußte die

praktische Politik mit dem SED-Staat ergebnisorientierte Beziehungen zur Erleichterung der Teilungsfolgen für die Menschen unterhalten.

Dabei war mit einem Gegenüber zu rechnen, der in grundsätzlichen Fragen entgegengesetzte Ziele verfolgte – nicht mehr menschliches Miteinander, sondern mehr staatliche Abgrenzung; nicht mehr innere Freiheit, sondern mehr Sicherheit des Herrschaftssystems – und dessen zentrales Anliegen es ständig blieb, die eigene chronisch instabile Herrschaft zu festigen, während es das Ziel der westlichen Deutschlandpolitik sein mußte, zu einer schrittweisen Entschärfung der SED-Diktatur beizutragen, ja, sie letztlich zu destabilisieren – allerdings in langen Entwicklungslinien, nicht in plötzlichen krisenhaften Zuspitzungen, die unter den Bedingungen der Breschnew-Doktrin im Gegenteil kontraproduktiv wirken mußten.

Verhandlungen mit einem solchen Gegenüber waren überhaupt nur möglich, wenn man sich auf die Lösung praktischer Fragen unter Ausklammerung gegensätzlicher Grundpositionen konzentrierte und wenn man dabei sorgfältig die gewünschten Wirkungen – zum Beispiel Reiserleichterungen für möglichst viele DDR-Einwohner – mit den hinzunehmenden Nebenwirkungen – zum Beispiel kurzfristige wirtschaftliche Stabilisierung oder leichte Prestigegewinne – austarierte.

Die unvermeidliche Spannung zwischen dem Selbstbestimmungsziel und der praktischen Politik „kleiner Schritte“ im Benehmen mit den Verweigerern der Selbstbestimmung mußte auch im Innern ausgehalten werden. Dies erwies sich in den 70er Jahren und noch mehr in den 80er Jahren als zunehmend schwierig. Die Menschen in der Bundesrepublik hatten das Problem offensichtlich verstanden. Umfragen des Allensbacher Instituts erbrachten das Ergebnis, daß auch in den 80er Jahren eine große Mehrheit der Westdeutschen es für richtig hielt, am Ziel der Wiedervereinigung festzuhalten, auch wenn kaum jemand mit einem Erfolg in voraussehbarer Zeit rechnete. Anders lagen die Dinge bei meinungsführenden Teilen der westdeutschen Eliten, der Medien und auch einer Reihe von politischen Akteuren, die unter anderem das „Gerede von der Wiedervereinigung“ anprangerten oder formulierten, es komme darauf an, „die Chancen der Geschichte in der Teilung zu suchen“.

Demgegenüber war es immer wieder notwendig, das Bewußtsein von der Einheit der Nation, über den Zwangscharakter der SED-Herrschaft und das Ziel der Wiedergewinnung der Selbstbestimmung wachzuhalten und beharrlich zu vertreten. Als im Herbst 1989 die Diktatur zusammenbrach, hatte die Bundesregierung keine Mühe, unmittelbar von der innerdeutschen Politik der kleinen Schritte zu einer konkreten Politik der Wiederherstellung der deutschen Einheit überzugehen. Sie konnte es tun, ohne ihre politische Linie korrigieren zu müssen.

Das Dilemma der Deutschlandpolitik wirkte sich auch in ihrer Darstellung gegenüber den Vier Mächten aus.

Die Sowjetunion, die die vertraglichen Ergebnisse der Entspannungspolitik als Anerkennung ihrer Dominanz über den östlichen Teil des Kontinents interpretierte, brandmarkte jeden Ansatz, die europäischen Grenzen einschließlich der innerdeutschen in Frage zu stellen, als Revanchismus und Friedensbedrohung. Dies stand zwar nicht im Einklang mit der KSZE-Schlußakte und mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag von 1970 einschließlich des Briefs zur deutschen Einheit und der Bundestagsresolution vom 17. Mai 1972; dennoch hat die Sowjetunion bis 1989/90 an dieser Position festgehalten, mit aller Härte, und die zutreffenden Hinweise der Bundesrepublik auf die Offenheit der deutschen Frage in zeitweise aggressiven Kampagnen zurückgewiesen. Um so wichtiger blieb Standfestigkeit, bei aller Bemühung um Verständigung.

Behutsamkeit und Sorgfalt bei der Verfolgung deutschlandpolitischer Ziele war aber auch gegenüber den westlichen Verbündeten erforderlich. Es gehört zu den bleibenden – und bis 1990 nachwirkenden – Erfolgen der Adenauerschen Politik, die drei Westmächte im Deutschlandvertrag auf das gemeinsame Ziel eines wiedervereinigten, freiheitlich verfaßten und in die westliche Gemeinschaft integrierten Deutschland verpflichtet zu haben. Man mußte sich aber seit den 60er Jahren eingestehen, daß die praktische Realisierbarkeit dieser vertraglichen Vereinbarung in weite Ferne gerückt war; und auch in den verbündeten Staaten haben offenbar viele den innerdeutschen Grundlagenvertrag als praktisch dauerhafte Bestätigung der Teilung mißdeutet.

Das gemeinsame Interesse des westlichen Bündnisses war die Sicherung der Stabilität in Europa. Einigkeit mit den Partnern bestand darin, daß eine wirkliche und dauerhafte Stabilität nicht auf Gewalt, sondern nur auf der Achtung der Menschenrechte beruhen konnte. Die Bundesrepublik verfolgte diese gemeinsame Linie zugleich in der Erwartung, daß ein erfolgreiches Thematisieren der Menschenrechtsfrage mit Notwendigkeit auch die Frage der Selbstbestimmung der Deutschen aufwerfen würde.

Gleichwohl blieb die deutsche Frage ein sensibles Thema. 1989/90 hat sich bestätigt, daß die Teilung Deutschlands, auch wenn sie aus anderen Gründen zustande gekommen war, für manche politischen Eliten in Nachbarstaaten den Aspekt einer Sicherungsfunktion auch gegenüber hegemonialen Ambitionen Deutschlands nie völlig verloren hatte.

Adenauer hatte der bundesdeutschen Außenpolitik die Maxime vorgegeben, daß ihre beiden Hauptziele: Westbindung – atlantische wie europäische – und Wiedervereinigung, nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern einander bedingen. Voraussetzung für eine praktische Verbindung dieser Ziele war eine Neukonzeption der sowjetischen Westpolitik, zu der die UdSSR irgendwann aus innerer Schwäche kommen müsse. Ich erinnere an Adenauers Aussage von 1966: „Eines Tages wird auch Sowjetrußland einsehen, daß die Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist. Wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen.“

Bis eine solche Revision der sowjetischen Politik sich abzeichnete, mußte man sich darauf konzentrieren, die Voraussetzungen für eine künftige Lösung der deutschen Frage zu schaffen oder offenzuhalten. Gegenüber den westlichen Verbündeten bedeutete dies u. a., keinen berechtigten Zweifel an der Bündnisloyalität der Bundesrepublik aufkommen zu lassen.

Es ist daher kaum möglich, die Bedeutung der NATO-Nachrüstung von 1983 und den Folgejahren für die Wiedervereinigung Deutschlands zu überschätzen. Daß die westliche Allianz damals die Kraft gefunden hat, diese Gegenmaßnahme gegen den sowjetischen Rüstungsschub der SS 20 auch gegen erhebliche Widerstände im Innern durchzusetzen, hat, wie wir von Daschtschew, auch von Gorbatschow selbst und anderen wissen, wesentlich zur Neuorientierung der sowjetischen Westpolitik unter Gorbatschow beigetragen. Zugleich hat die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses durch die 1982 angetretene Bundesregierung die Vertrauensbasis im Westen wieder gefestigt, die durch Teile der deutschen politischen Öffentlichkeit ins Wanken geraten war. Es kam damals nicht darauf an, „Angst vor den Freunden“ zu propagieren, wie ein Politiker schrieb; es kam vielmehr darauf an, auch im Interesse der eigenen Sicherheit, Solidarität mit den Freunden zu praktizieren. Die damals wiedergewonnene Vertrauensbasis war sieben Jahre später eine der Grundlagen der Wiedervereinigungspolitik.

Seit dem Jahresbeginn 1988 verdichteten sich die Anzeichen, daß sich die latente Dauerkrise der DDR zu einer akuten Krise zuspitzte. Die Politik Gorbatschows begann auch hier einen zunehmenden Reformdruck und in der Folge, bei Enttäuschung der Erwartungen, eine zunehmende Frustration zu erzeugen. Das deutlichste Signal war der wachsende Ausreisepressure, der nach der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze 1989 allmählich in eine massenhafte Ausreisebewegung überging. Zu meinen eindrucksvollsten Erinnerungen gehört der Abend des 30. September 1989, als Hans-Dietrich Genscher und ich vom Balkon des Palais Lobkowitz den rund 5.000 Zufluchtsuchenden auf dem Gelände der bundesdeutschen Botschaft in Prag die Nachricht bringen konnten, daß die DDR-Führung ihrer Übersiedlung zugestimmt hatte. Aber auch die Begegnung zuvor im August mit den Zufluchtsuchenden in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, die wir geschlossen hatten, beziehungsweise später im Flüchtlingslager Gießen, machten in überzeugender Weise deutlich, daß diese Menschen von der DDR nichts mehr wissen wollten und daß es sich um mehr handelte, als nur um einen Ausdruck der Entschlossenheit, in diesem verkrusteten, reformunfähigen, unmenschlichen System nicht mehr leben zu wollen.

Im krassen Gegensatz dazu die starre Haltung der politischen Führung in Ost-Berlin, völlig uneinsichtig gegenüber der Erkenntnis, daß die DDR sich nicht abschotten konnte gegenüber den Reformbewegungen und Reformentwicklungen in ganz Mittel- und Osteuropa. Für die Bundesrepublik mußte es darauf ankommen, diese Reformentwicklung nach Möglichkeit zu unterstützen, zu ermutigen, natürlich auch nichts zu tun, was sie behindern konnte. Es war zu

erwarten, daß das Übergreifen der Demokratiebewegung auf die DDR auch die deutsche Frage wieder ins Gespräch bringen würde, auch wenn Gorbatschow diese Konsequenz seiner Politik offenbar nicht rechtzeitig erkannt hat. Die Menschen – davon waren wir überzeugt – würden die Einheit fordern, sobald sie als reale Möglichkeit erkennbar würde. Gerade darum aber war es wichtig, die Reformentwicklung reifen zu lassen, ohne durch unzeitiges Thematisieren der Teilungsproblematik die Gegenkräfte der Reform, wo immer sie standen, herauszufordern.

Dies geschah zum Beispiel am 6. und 7. November 1989, als die DDR-Führung vertraulich die Frage stellte, ob – und das hieß auch: zu welchen Konditionen – die Bundesregierung zu Kreditgewährungen in neuen Dimensionen bereit sei. Die Rede war zunächst von 10 Milliarden DM innerhalb von zwei Jahren und jährlich zwei bis drei Milliarden DM ab 1991. Vorangegangen waren die bekannte Politbüro-Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Lage, in der Planungschef Schürer eine nicht mehr kontrollierbare Außenverschuldung der DDR feststellte, und ein vergeblicher Versuch des neuen Generalsekretärs Krenz, finanzielle Hilfe in Moskau zu erhalten. Jetzt konnte ich in den Gesprächen, nach Rücksprache mit dem Bundeskanzler, gemeinsam mit dem Kollegen Schäuble erwidern, auch am 5. Dezember bei den Verhandlungen mit Ministerpräsident Modrow über die Abschaffung des Begrüßungsgeldes, der Einrichtung eines Devisenfonds und der Aufhebung des Zwangsumtausches, daß über wirtschaftliche Hilfe in derartigen Größenordnungen nur gesprochen werden könne, wenn die SED ihr Machtmonopol aufgeben, oppositionelle Organisationen zulassen und freie Wahlen anberaumen würde. Die gleichen Forderungen stellte der Bundeskanzler öffentlich in seinem „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“. Damit geriet die DDR-Führung unter den doppelten Druck der Demonstranten und der bundesdeutschen Politik.

Für die Politik der folgenden 11 Monate ist der Begriff „Handlungsspielräume“ eigentlich irreführend; eher müßte man von „Handlungsnotwendigkeiten“ oder „Handlungszwängen“ sprechen, denn die Grundrichtung und das Tempo der Entwicklung wurden im wesentlichen von den revolutionären Ereignissen, von der Schnelligkeit des Zusammenbruchs des Systems vorgegeben, und es kam darauf an, diese Entwicklung durch die richtigen Impulse zu kanalisieren.

Ein entscheidender Impuls war das 10-Punkte-Programm des Bundeskanzlers vom 28. November 1989. Dieser Schritt war bewußt weder in der Koalition noch international abgestimmt, allerdings konnte nach den öffentlichen Erklärungen und den telefonischen Meinungsäußerungen des amerikanischen Präsidenten davon ausgegangen werden, daß er die Richtung des Programms billigte.

Wir waren überzeugt, daß die Situation ein solches Signal erforderte. Dem Machtwechsel von Honecker zu Krenz war, wie zu erwarten, eine Stabilisierung der Situation nicht gefolgt. Die bewegenden Ereignisse bei der Grenzöffnung am 9. November hatten gezeigt, daß es hier um mehr ging als um bloßes Wiedersehen: Die deutsche Frage war neu gestellt. Am 17. November hatte der

neue Ministerpräsident Modrow versucht, die revolutionäre Entwicklung zu bremsen, indem er in seiner Regierungserklärung eine deutsch-deutsche „Vertragsgemeinschaft“, also ein zwischenstaatliches Kooperationsverhältnis ohne Vereinigungsperspektive, vorschlug. Gleichzeitig verstärkte sich der Überdieslerstrom.

Dies war die gebotene Situation um in die deutschlandpolitische Offensive zu gehen und den Ruf „Wir sind ein Volk“ in ein politisches Programm zu fassen. Das 10-Punkte-Programm, bewußt allgemein gehalten und ohne Angabe eines Zeitplans, so daß es flexibel der realen Entwicklung angepaßt werden konnte, gab dem Massenprotest und dem Massenaufbruch in der DDR eine konkrete politische Perspektive.

Diese Initiative stieß international auf ein gemischtes, auch zum Teil negatives Echo. Sie fand allerdings die beiden entscheidenden Verbündeten. Der eine war die USA-Administration. Präsident Bush und Außenminister Baker erklärten unmittelbar darauf, daß sie das Ziel der deutschen Selbstbestimmung unterstützten, sofern die Einheit sich friedlich und schrittweise vollziehe, Deutschland in die NATO und die EG integriert bleibe und die Grenzziehungen gemäß der KSZE-Schlußakte gehandhabt würden, mit anderen Worten die bestehende deutsch-polnische Grenze bestätigt werde.

Der zweite Verbündete war die Bevölkerung in der DDR; die Forderung nach der Einheit trat immer beherrschender in den Vordergrund der Demonstrationen. Besonders eindrucksvoll war die Begrüßung des Bundeskanzlers und seiner Delegation durch Menschenmengen in Dresden am 19. Dezember. Uns Beteiligten wurde an diesem Tag besonders anschaulich, daß die Wünsche der Menschen auf die deutsche Einheit zielten und daß sie diese nicht in einem langjährigen Prozeß, sondern auf möglichst schnellem Wege erreichen wollten.

Für die Überwindung der Widerstände gegen diese Einheit war die innere Entwicklung in der DDR im Dezember und Januar – mit dem Rücktritt der Parteiführung, dem Rücktritt von Krenz aus seinen Staatsämtern und mannigfachen Enthüllungen über Machtmißbrauch und Korruption – entscheidend. Die Staatsgewalt zerfiel zusehends. Es zeigte sich, daß eine realistische Alternative zur deutschen Einheit auch für die, die sie herzlich gern gefunden hätten, nicht erkennbar war. Die Stabilisierung der DDR durch die Regierung Modrow blieb aus. Deren im Grunde rückwärtsgewandte Richtung war besonders deutlich an dem Versuch zu erkennen, das Ministerium für Staatssicherheit in leicht gewandelter Gestalt in ruhiges Fahrwasser hinüberzuretten. Die anhaltenden Demonstrationen und die ab Januar wieder wachsenden Flüchtlingszahlen zeigten, daß der halbherzige Versuch einer „deutschen Perestrojka“ zu spät kam und keine Vertrauen mehr bei der Bevölkerung fand. Damit blieben auch die Versuche dieser Regierung, die revolutionäre Entwicklung anzuhalten oder in die Richtung auf ein über längere Frist zu errichtendes neutrales Deutschland zu lenken, ohne reale Grundlage.

Ende Januar mußte auch Gorbatschow erkennen, daß die Wiedervereinigung selbst nicht zu verhindern war und er allenfalls versuchen konnte, den Wiedervereinigungsprozess zu verlangsamten und an die aus seiner Sicht bestmöglichen Konditionen zu binden.

Nach der Initiative vom 28. November war die Zeit Ende Januar/Anfang Februar 1990 die zweite Beschleunigungsphase in der Einigungspolitik der Bundesregierung. Anfang Februar wurde der DDR das Angebot gemacht, zunächst in Gespräche und nach der Volkskammerwahl – nach Konstituierung einer dazu legitimierten DDR-Regierung – in Verhandlungen über die Einführung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion einzutreten. Damit wurde nicht nur den Forderungen der Regierung Modrow und des Runden Tisches nach einem „Lastenausgleich“ von 10 bis 15 Mrd. DM die Spitze genommen – eine solche Finanzspritze hätte ohnehin nur der Stabilisierung eines unhaltbaren Systems gedient –, sondern es wurde zugleich die Perspektive auf einen Systemwechsel in der noch bestehenden DDR eröffnet und den Menschen eine baldige Besserung ihres Lebensstandards in Aussicht gestellt. Zugleich wurde damit ein Signal an die Vier Mächte gegeben, daß der Wiedervereinigungsprozess auf deutscher Ebene eine schnelle Einigung auch über die internationalen Aspekte notwendig machte. Nur zwei Wochen nach der ersten Zwei-plus-Vier-Verhandlungsrunde in Bonn wurde der Staatsvertrag unterzeichnet.

Inzwischen war die zweite Beschleunigungsphase des Wiedervereinigungsprozesses unmittelbar in die dritte übergegangen: sie wurde markiert durch die freie Volkskammerwahl. Als Gorbatschow dem Bundeskanzler am 10. Februar 1990 in Moskau zugestanden hatte, daß es Sache der Deutschen selbst sei, über Zeitpunkt und Weg der Einigung zu entscheiden, war er wohl von der Erwartung ausgegangen, daß bei den Wahlen diejenigen Kräfte eine Mehrheit erhalten würden, die die Einigung vielleicht über längere Zeiträume anstreben wollten. Dabei wäre dann auch die Frage der Bündniszugehörigkeit möglicherweise neu in die Diskussion geraten. Der Ausgang der Wahl enttäuschte auch die Erwartung; die demokratisch legitimierte Regierung der Großen Koalition legte sich auf die Einigung nach Art. 23 und – bei gewissen individuellen Akzentunterschieden – auf zügige Verhandlungen mit der Bundesregierung fest. Der Entwurf des Einigungsvertrags war bereits Anfang August fertiggestellt, die Unterzeichnung folgte Ende des Monats.

Es war ein Erfolg des eng abgestimmten Vorgehens der Bundesregierung und der Regierung der USA, daß die internationalen Verhandlungen zur Wiedervereinigung auf Zwei-plus-Vier-Ebene stattfanden – nicht in Form einer Friedenskonferenz oder einer KSZE-Konferenz, wie von Gorbatschow zeitweilig vorgeschlagen, und auch nicht in Form von bloßen Vier-Mächte-Verhandlungen, wie es die Sowjetunion mit dem Botschaftertreffen in Berlin am 11. Dezember 1989 zu initiieren versuchte und wie sie auch auf britischer Seite zeitweilig befürwortet wurden.

Und ebenso wichtig war es, daß diese Verhandlungen auf die internationalen Aspekte der deutschen Einheit beschränkt bleiben sollten, während die inneren Aspekte ausschließlich in deutscher Zuständigkeit blieben.

Mit den Verhandlungen auf innerdeutscher Ebene suchte die Bundesregierung zugleich das Tempo für die internationalen Gespräche vorzugeben. Man wird aus der Rückschau manches finden, was sorgfältiger hätte geregelt werden können, als es in der notwendigen Eile der damaligen Verhandlungen geschah, aber angesichts der Möglichkeiten, die die damalige Situation eröffnete, und der Tatsache, daß die weiteren Entwicklungen vor allem in der Sowjetunion unvorhersehbar waren, wäre alles andere als ein schnelles Ergreifen angesichts dieser historischen Chance völlig unverantwortlich gewesen.

In den internationalen Gesprächen kam es u. a. darauf an, die Verhandlungen nicht in Foren zu verlagern, die den Prozeß der Einigung erschweren oder verlangsamten konnten. Eine „Friedenskonferenz“ wäre aber fast ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende und nach vierzig Jahren demokratischer Politik in der Bundesrepublik aus vielen, auch aus Sachgründen nicht akzeptabel gewesen. Es mußte erreicht werden, daß das vereinte Deutschland von vornherein seine volle Souveränität erhielt und daß ihm keine singularisierenden oder diskriminierenden Sonderbestimmungen auferlegt wurden.

Hierzu gehörte auch die Freiheit, einem Bündnis der eigenen Wahl anzugehören, also für die Bundesrepublik Deutschland: in der NATO, jetzt mit erweitertem Territorium bei begrenzten Sonderbestimmungen für die neuen Bundesländer, zu verbleiben. Dies war nicht nur die Voraussetzung, unter der allein die Zustimmung der Westmächte zur deutschen Einheit überhaupt zu erlangen war; es entsprach auch dem vitalen deutschen Interesse. Eine Neutralität des wiedervereinten Deutschland hätte die NATO ihres europäischen Zentrums beraubt und damit vermutlich früher oder später an ihr Ende gebracht. Der Rückzug der USA aus Europa würde dann die zu erwartende Folge sein. Vermutlich wäre auch die europäische Integration entscheidend zurückgeworfen worden. Eine Isolierung Deutschlands, ähnlich derjenigen unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg – wie manche sie andeuteten – oder noch eher derjenigen nach dem Ersten Weltkrieg würde eine kaum vermeidbare Folge sein. Die Stabilisierung des deutschen NATO-Engagements und die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses mußten also abgesichert werden. Sie waren zugleich der Schlüssel zur Überwindung der Vorbehalte auf dem EG-Gipfel in Straßburg im Dezember 1989.

Das schwierigste Problem seit dem Februar 1990 war es, die Zustimmung der UdSSR zur deutschen NATO-Mitgliedschaft zu gewinnen. Ich brauche die einzelnen Verhandlungen und Gespräche in dem Dreieck Bonn-Washington-Moskau, auf Regierungschef- und auf Außenministerebene, hier nicht im einzelnen nachzuzeichnen. Ausschlaggebend war, daß die sowjetische Führung zur Verminderung ihrer Rüstungslasten auf die Kooperation mit der Bundesrepublik angewiesen war. Wenn sie ihre politische Linie nicht grundlegend ändern und die Zusammenarbeit mit dem Westen abbrechen wollte, konnte sie

nicht anders, als in dieser Frage einer Lösung zuzustimmen, die in der Substanz den westlichen Vorstellungen entsprach.

Die Verhandlungen des Frühjahrs 1990 liefen also im wesentlichen darauf hinaus, in einer „Arbeitsteilung“ zwischen der NATO, also insbesondere den USA, und der Bundesrepublik Angebote für die Sowjetunion zu entwickeln, die ihr die Hinnahme der deutschen NATO-Mitgliedschaft erleichtern würden. Hierzu gehörte auf Bündnisebene insbesondere eine Neudefinition des NATO-Selbstverständnisses; die „Erklärung über eine gewandelte NATO“ wurde im Juli 1990 rechtzeitig zum 28. Parteitag der KPdSU vom Londoner NATO-Gipfel verabschiedet.

Die Bundesregierung kam den sowjetischen Besorgnissen im sicherheitspolitischen Bereich entgegen, ich denke, das war schon Gegenstand der heutigen Diskussion, die Bundesregierung kam der Sowjetunion auch entgegen durch eine Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Zugeständnissen, und den Schlußstein erhielt das Gebäude der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen durch einen Partnerschaftsvertrag der am 1. Jahrestag der Maueröffnung, am 9. November 1990, unterzeichnet wurde.

Sie wissen, daß die deutschen und amerikanischen Verhandlungen mit der sowjetischen Seite sich bis in den Juli erstreckten, wobei die sowjetische Führung nur sehr allmählich und zeitweise auch mit widersprüchlichen Signalen von ihren ursprünglichen Forderungen abrückte. Der Durchbruch erfolgte in mehreren Schritten; einer dabei war die Begegnung Gorbatschows mit Bush in Washington vom 30. Mai bis 3. Juni 1990. Den letzten und entscheidenden Verhandlungsschritt brachte der Besuch von Bundeskanzler Kohl in Moskau und im Kaukasus am 16. und 17. Juli 1990. Die hier erreichten Ergebnisse waren in den folgenden Zwei-plus-Vier-Verhandlungen nur noch zu bestätigen.

Erlauben Sie mir, mein Resümee der Politik der Bundesregierung im Vereinigungsprozess vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 mit drei kurzen Bemerkungen abzuschließen:

Erstens: Die Grundlage aller Wiedervereinigungspolitik 1989/90 war der Wille der Deutschen in der DDR, dem sie eindeutig öffentlich Nachdruck verliehen – wobei ich neben den Demonstranten auch die Ausreisenden mit erwähne. Über das Ziel der deutschen Selbstbestimmung konnte in der Weltöffentlichkeit kein Zweifel bestehen. Der erfolgreiche Volksaufstand gegen die SED-Diktatur machte die Wiedergewinnung der Einheit möglich; er ist eine der bleibenden Leistungen in den freiheitlichen Traditionen unseres Landes.

Zweitens: Die deutsche Einigung hat sich letztlich – mit den den seitherigen Entwicklungen entsprechenden Modifikationen – längs der Entwicklungslinie vollzogen, die bereits Adenauer der Deutschlandpolitik vorgezeichnet hat: Voraussetzung der Einheit war der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des Systems in den Ostblock-Staaten und in der Sowjetunion selbst, die sich daraufhin genötigt sah, Kosten und Nutzen ihrer Westpolitik neu einzuschätzen. Es bleibt das Verdienst von Michail Gorbatschow, daß er die Klar-

sicht und den Mut hatte, aus der Existenzkrise des sozialistischen Systems die Konsequenz einer fundamentalen Reformpolitik zu ziehen. Dabei setzte er allerdings Entwicklungen in Gang, die über seine begrenzten Ziele und damit auch über ihn selbst hinweggegangen sind.

Daß bei der Neugestaltung der sowjetischen Westpolitik auch die deutsche Frage erfolgreich gelöst werden konnte, war Folge der Tatsache, daß sich das freie Deutschland über Jahrzehnte als demokratischer Staat und als Verbündeter der westlichen Allianz bewährt hat und daß es – wenn auch bei den europäischen Nachbarn eingeschränkt durch belastende historische Erinnerungen – Vertrauen gefunden und erhalten hat.

Die Annahme, die zum Beispiel Egon Bahr bis 1990 immer wieder mahnend in die Diskussion gebracht hat, NATO-Mitgliedschaft und deutsche Teilung seien Zwillingsgeschwister, sie hat sich als irrig erwiesen. Richtig ist: Die NATO und die Wiedererrichtung und Sicherung des vereinten demokratischen Deutschland hängen untrennbar zusammen.

Drittens: Unentbehrlich für die Wiedererlangung der Einheit war die uneingeschränkte Unterstützung durch die USA. Am vergangenen Freitag ist in Stuttgart die historische Leistung von Präsident George Bush, der sich um die Einheit unseres Landes verdient gemacht hat, zu Recht gewürdigt worden. Und wenn man über die Kennedy-Brücke in Bonn fährt, kann man sich für spätere Zeiten sicherlich noch manche zusätzliche Würdigung von George Bush auch in Berlin vorstellen. Ich bitte um Nachsicht, daß ich meine Zeit etwas überschritten habe. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Seiters. Auf den Vortrag von Herrn Seiters über die Politik der Bundesrepublik in der Phase, über die wir hier diskutieren, folgt jetzt ein Vortrag von Markus Meckel über die gleichzeitige Politik der DDR. Bitte Markus Meckel.

Markus Meckel, MdB: Es ist nicht ganz einfach, nicht nur nach diesem Tag, sondern überhaupt, über die Politik der DDR im Vereinigungsprozess zu reden. Denn die Perspektiven sind sehr vielfältig, und die Fragen der Innenpolitik, wobei ich jetzt meine, der deutsch-deutschen Politik, und der Außenpolitik sind eng miteinander verflochten. Ich denke, es ist wichtig, das ist mein Eindruck der letzten Tage und der Feierlichkeiten um den 3. Oktober, überhaupt noch einmal die Perspektive und auch manche Perspektivverschiebungen, die es in der Wahrnehmung dieses Prozesses gegeben hat, deutlich zu machen. Bei diesen Feierlichkeiten war die Rede von den Verdiensten der Präsidenten Bush und Gorbatschow, was ja auch mit Recht geschah, natürlich von Helmut Kohl, auch hier ist das Recht nicht zu bestreiten, und von den mutigen Menschen auf den Straßen der DDR, die das alles möglich gemacht haben. Man könnte glauben, daß nach spontanen Demonstrationen durch eine plötzlich mutig gewordene DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 das SED-Regime plötzlich zusam-